

Stefan Remeke

Gerd Muhr und Maria Weber: Eine sozialpolitische Elite des DGB in den frühen Jahren der sozialliberalen Koalition (1969–1974)

Gerd Muhr und Maria Weber gehören zu den herausragenden Persönlichkeiten der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung in der Nachkriegszeit. Muhr wurde im Juni 1963 in den Vorstand der IG Metall berufen und unter Otto Brenner zuständig für die Sozialpolitik. Im Mai 1969 wählte ihn der Münchener Bundeskongress des DGB in den Vorstand. Er wurde Stellvertreter von Heinz-Oskar Vetter und war im geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB für die Abteilungen Sozialpolitik und Arbeitsrecht verantwortlich. Bis 1990 gab Muhr jene Aufgaben nicht mehr ab¹, wobei er stets zweiter Mann hinter den Vorsitzenden Heinz-Oskar Vetter und Ernst Breit blieb. Über 21 Jahre hinweg stand Muhr somit im Rang des stellvertretenden Vorsitzenden an der Spitze der deutschen Gewerkschaftsbewegung.² Nur wenige, jedoch ungleich prominentere Gewerkschaftskarrieren sind in dieser Hinsicht mit seinem Lebensweg vergleichbar: Heinz Kluncker führte die Gewerkschaft ÖTV über 18 Jahre, Otto Brenner war 20 Jahre Vorsitzender der IG Metall und Wilhelm Gefeller über 20 Jahre Vorsitzender der IG Chemie, Papier, Keramik; Carl Stenger schließlich stand seit 1949 über 22 Jahre der Deutschen Postgewerkschaft vor.³

Wenn man berücksichtigt, wie schwer die Gewerkschaften ihren Funktionärinnen eine Spitzenkarriere machten⁴, war jene von Maria Weber selbst bei einem Vergleich mit Gerd Muhr bemerkenswert und für die westdeutsche Gewerkschaftsgeschichte der 1950er bis 1970er Jahre wohl einmalig. Maria Weber wurde 1972 als Nachfolgerin des christlich-sozialen Gewerkschafters Bernhard Tacke zur stellvertretenden Vorsitzenden des DGB gewählt, die sie bis 1982 blieb. Im Unterschied zu Muhr, welcher der SPD angehörte und ab 1965 im Sozialpolitischen Ausschuss beim Parteivorstand saß, war Weber erst 1968 in die CDU ein-

- 1 Später kam die Arbeitsmarktpolitik als gesonderter Bereich zu Muhrs Aufgabengebiet hinzu.
- 2 Vgl. einführend die Porträts über Gerd Muhr, so etwa Ursula Engelen-Kefer: Nachruf. Gerd Muhr gestorben, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 51 (2000), S. 189–191; Günter Pehl: Gerd Muhr wurde 60 Jahre alt, in: *Die Quelle* 35 (1984), S. 300. Werner Thönnessen: Gerd Muhr, in: *Die Quelle* 20 (1969), S. 108.
- 3 Siehe hierzu die biographischen Informationen, die das DGB-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) für die Findbücher zusammengestellt hat. Ich danke an dieser Stelle dem Leiter des Archivs, Klaus Mertsching. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf einen neuen Beitrag, der darin die – m. E. zweifelhafte – These einer besonderen personellen Kontinuität der Gewerkschaftsspitzen in den 1970er Jahren vertritt: Wolfgang Schroeder, *Gewerkschaften als soziale Bewegungen – soziale Bewegung in den Gewerkschaften in den Siebzigerjahren*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 243–265.
- 4 Die Begriffe „Patriarchat“ und „Paternalismus“ sind zur Beschreibung der Geschlechterbeziehungen in den deutschen Gewerkschaften eingeführt worden: Claudia Pinl: *Das Arbeitnehmerpatriarchat – Die Frauenpolitik der Gewerkschaften*, Köln 1977. Vgl. dazu auch Susanne Knoblich: „Mit Frauenbewegung hat das nichts zu tun“. *Gewerkschafterinnen in Niedersachsen 1945 bis 1960*, Bonn 1999.

getreten, nachdem sie zuvor in den Sozialausschüssen der Christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) annähernd 20 Jahre aktiv tätig gewesen war. Sie war im Vorstand der CDA und stand jener Arbeitsgemeinschaft, die die Gewerkschafter mit christlich-demokratischer Gesinnung im DGB bildeten, seit 1973 vor.⁵ Und im Gegensatz zu Muhr, der aus dem IG Metall-Vorstand in die Führung des DGB wechselte, hatte Weber ihre Karriere innerhalb des DGB-Bundesvorstandes gemacht. Nach dem Tode Thea Harmuths trat Maria Weber, seit 1950 Sachbearbeiterin für die Abteilung Frauen beim DGB-Bundesvorstand, 1956 deren Nachfolge an; sie stieg in den geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB auf und war fortan zuständig für die Abteilungen Frauen, Berufliche Bildung und das Referat Handwerk. Später übertrug man ihr zudem die Verantwortung für die Abteilungen Bildung und Tarifpolitik.⁶

Dass man, nach einer sozialpolitischen Elite des Deutschen Gewerkschaftsbundes fragend, auf Gerd Muhr aufmerksam wird, ist allein wegen der hervorgehobenen Positionen, welche er seit den 1960er Jahren bis zum Ende der 1980er Jahre in der gewerkschaftlichen Sozialpolitik innehatte, auf den ersten Blick plausibel. Nun waren die Aufgaben und Handlungsfelder der gewerkschaftlichen Sozialpolitik überaus weit gefächert – beispielhaft sei auf den gewerkschaftlichen Part in der Selbstverwaltung der Sozialversicherung und ganz konkret auf das gewerkschaftliche Engagement in den Berufsgenossenschaften verwiesen. Den Schwerpunkt der Intervention stellten jedoch stets zwei sozialpolitische Säulen dar: die Selbsthilfe in Gestalt der Tarifpolitik und die Beeinflussung der Sozialgesetzgebung.⁷ Für den letzten Aspekt, den Versuch der Gewerkschaften, die auf Bundesebene erlassenen Gesetze zur Sozialpolitik zu beeinflussen, haben die ersten Jahre der sozialliberalen Koalition eine besondere Bedeutung: weil die Gewerkschaften in diesen Jahren ihre Initiativen in den politischen Arenen unvergleichlich intensiv verfolgten, die Sozialpolitik nach den gesellschaftlichen und ökonomischen Umbrüchen in den 1960er Jahren und den Reformansätzen der Großen Koalition besonders expansiv gestaltet wurde, die Gewerkschaften ein Teil dieser Entwicklung waren und schließlich der zuständige Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Walter Arendt, als ehemals Vorsitzender der IG Bergbau und Energie einer von ihnen war – in dieser Form ein Novum der Nachkriegsgeschichte.⁸

5 Zur Organisation der Christlich-Sozialen im DGB nach 1949 siehe besonders Wolfgang Schroeder: Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU 1945 bis 1960. Katholische Arbeiterführer als Zeitzeugen in Interviews, Köln 1990, S. 11 ff. und S. 45 ff., ebd. ein Interview mit Maria Weber.

6 Siehe einführend die Porträts über Maria Weber, so etwa Horst Kowalak: Nachruf. Maria Weber gestorben, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 53 (2002), S. 428–430. Maria Weber wurde 60 Jahre alt, in: Die Quelle, 31. Jg., 1980, S. 58. Maria Weber, in: Die Quelle, 23 (1972), S. 377. Maria Weber, in: Frauen und Arbeit, 1972, H. 7, S. 1–2.

7 Vgl. die Sozialpolitischen Grundsätze des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Hans-Hermann Hartwich: „Mittelpunkt ist der arbeitende Mensch“ (Einleitung). Protokoll des Gründungskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes in München vom 12. bis 14. Oktober 1949, Reprint Köln 1989, S. 326 f.

8 Hierzu weiterführend und mit Literaturverweisen Stefan Remeke: Gewerkschaften und Sozialgesetzgebung. DGB und Arbeitnehmerschutz in der Reformphase der sozialliberalen Koalition, Essen 2005. Zur Bewertung der Sozialpolitik ders.: Formationsphasen sozialer Ordnung im westlichen Nachkriegs-

Blickt man auf die Sozialgesetzgebung der sozialliberalen Reformphase und hier mit guten Gründen exemplarisch auf die Schutzgesetze für Arbeitnehmer⁹, tauchen im Spiegel der internen Dokumente des DGB neben dem gewerkschaftlichen Pendant zu Walter Arendt, nämlich Gerd Muhr, weitere Personen als zentrale Figuren auf – eine von ihnen ist Maria Weber. Einerseits trafen die Schutzgesetze für Arbeitnehmer die Rechte und Lebensperspektiven der Frauen gelegentlich so unmittelbar, dass sie im Bundesvorstand des DGB begleitend von der Abteilung Frauen betreut wurden; der Frauenarbeits- und Mutterschutz etwa war eines der klassischen Politikfelder, die in das Ressort von Maria Weber fielen. Andererseits wurden Webers Verbindungen zur CDA benötigt, um aus dem Hans-Böckler-Haus politstrategisch operieren zu können. So liegen für Muhr und Weber die wissenschaftlich-biographischen Reize in der Verschiedenheit der Personen und der dennoch zwischen ihnen vorhandenen Nähe: Sozialdemokrat versus katholisch sozialisierte Christlich-Soziale, Funktionär versus Funktionärin, Karriere über die Einzelgewerkschaft versus Laufbahn innerhalb des Gewerkschaftsbundes – trotz dieser und anderer Unterschiede standen beide Akteure zur gleichen Zeit an der Spitze der gewerkschaftlichen Funktionärspyramide und hatten in der Sozialpolitik und in der Schnittmenge des Arbeitnehmerschutzes ähnliche Aufgaben.

Weder über Gerd Muhr noch über Maria Weber liegen bis heute wissenschaftlich fundierte und der Öffentlichkeit zugängliche Erläuterungen ihres Lebensweges, ihrer Karriere oder ihrer Persönlichkeit vor. Jenseits der geläufigen Nachschlagewerke, die man dazu befragen kann und die trotz der exponierten Stellung beider Akteure nur oberflächlich informieren, muss man die gewerkschaftlichen Quellen auswerten, um sich ein umfassendes Bild machen zu können. Trotz aller Vorarbeiten¹⁰ dürfen solche Ergebnisse hier nicht erwartet

deutschland, in: Jörg Calließ (Hg.): Die frühen Jahre des Erfolgsmodells BRD – Oder: Die Dekonstruktion der Bilder von der formativen Phase unserer Gesellschaft durch die Nachgeborenen, Rehbürg-Loccum 2003, S. 181–197. Zur Dekade des Wandels – den 1960er Jahren – bes. die Beiträge von Axel Schildt und Klaus Schönhoven, in: Axel Schildt (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000; Klaus Schönhoven: Aufbruch in die sozialliberale Ära. Zur Bedeutung der 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999), S. 123–145. Hierzu nun ders.: Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969, Bonn 2004. Spitzenfunktionäre aus den Gewerkschaften standen bekanntlich häufiger an der Spitze des BMA – man denke an Theodor Blank (ehem. stellvertretender Vorsitzender der IG Bergbau und Energie) für die Ära Adenauer oder an Walter Riester (ehem. stellvertretender Vorsitzender der IG Metall) im ersten Kabinett Gerhard Schröders. Walter Arendt war allerdings der erste Gewerkschaftsführer, welcher in der Bundesrepublik das Ressort leitete; mit Georg Leber oder Kurt Gscheidle saßen auch andere ehemalige Gewerkschaftsführer am Kabinetttisch – ein Charakteristikum in den Jahren der sozialliberalen Koalition.

9 Hierzu Remeke: Gewerkschaften und Sozialgesetzgebung. Wir nutzen den Begriff der Reformphase wertungsfrei, um die von Reformeuphorie gekennzeichnete Etappe der sozialliberalen Koalition zu bezeichnen, die mit der Konjunkturkrise seit 1973/74 und dem Ende der Ära Willy Brandt spätestens 1976 auslief.

10 Die Vorarbeiten, auf denen dieser Beitrag beruht, bestehen einerseits aus intensiven Archivstudien im DGB- AdsD zur gewerkschaftlichen Sozialpolitik; andererseits wurde in den letzten Monaten gezielt zu gewerkschaftlichen Eliten am Beispiel von Gerd Muhr und Maria Weber geforscht. Für Gerd Muhr und Maria Weber entstanden Kurzbiographien, die über lexikalische Informationen (Munzinger-Archiv/Internationales Biographisches Archiv, ansonsten sind zu Muhr und Weber informative lexika-

werden. Sie erzielt man erst in der wissenschaftlichen Biographik, indem langwierige Recherchen in einer Monografie abgeschlossen werden. Neben dem Appell, in Zeiten mit anthropologisch-kulturgeschichtlichen Perspektiven sich dieser Herausforderung zu stellen, bleibt für unseren Versuch der Annäherung an Gerd Muhr und Maria Weber allein das Experiment eines atypischen Vorgehens. Da wir über Sozialisation, Denken und Handeln, Erfahrungen sowie Überzeugungen beider Personen zu wenig wissen, wollen wir sie in aussagekräftigen Episoden in der Frühphase der sozialliberalen Koalition beobachten. Im Sektor der Sozialpolitik und an den sensiblen Nahtstellen der Einheitsgewerkschaft – der Integration der verschiedenen Einzelgewerkschaften und der politischen Orientierung – sind Erkenntnisse über das Führungsprofil, das politische Profil und die Persönlichkeiten im Spiegel der Praxis zu gewinnen.¹¹

Manager der einheitsgewerkschaftlichen Partikularinteressen in Zeiten sozialpolitischen Einflusses

Hatten Spitzenfunktionäre des DGB, die sozialpolitisch arbeiteten, ein spezifisches Profil? Oder, um diese Frage für unseren Untersuchungsgegenstand zu präzisieren, mussten jene Funktionäre, die in den ersten Jahren der Ära Brandt in sozialpolitische Schlüsselpositionen im DGB gelangten oder diese bereits besetzten, ein besonderes Profil besitzen, um erfolgreich arbeiten zu können?

Blickt man auf die Gründerjahre des Deutschen Gewerkschaftsbundes nach 1949, dann hatte der erste sozialdemokratische Kanzler, der in der Bundesrepublik 1969 gewählt wurde, eine ganz besondere Bedeutung für die Gewerkschaften. Sie mussten sich bald nach der Gründung des DGB 1949 von den Versuchen, auf den staatlichen Interventionsbereich gestaltend Einfluss zu nehmen, nach einer Reihe empfindlicher Niederlagen zurückziehen. Hier scheiterten sie in der Gründungsphase der Bonner Republik programmatisch, als sie für die Gewerkschaftsbewegung zentrale Ziele, die ohne den Gesetzgeber nicht zu erreichen waren, verfehlten: Die gewerkschaftlichen Sozialisierungsvorstellungen gerieten mit den Erfolgen der Marktwirtschaft alsbald zur Utopie, die Festschreibung gleichberechtigter Mitbestimmungsrechte wurde zu einem zähen Ringen und gelang schließlich „nur“ im Montanbereich, und im Konflikt um die Betriebsverfassung musste man zuletzt eine besonders

liche Einträge nicht bekannt) hinausgehen. Ausgewertet wurden biographische Informationen, die sich aus gewerkschaftlichen Druckerzeugnissen (neben den genannten Porträts die Geschäftsberichte der Gewerkschaften, die Protokolle der Kongresse oder Gewerkschaftstage, die Presse etc.) gewinnen ließen. Da sowohl Muhr (* 11. April 1924 Bad Honnef/Rh., † 25. Februar 2000 Düsseldorf) als auch Weber (* 27. Dezember 1919 Horst-Emscher/Gelsenkirchen, † 25. Juni 2002 Essen) verstorben sind, war die unmittelbare Befragung der Akteure nicht möglich.

11 Persönlichkeitsmerkmale sind in der jüngsten Elitenforschung in den Vordergrund gerückt. Vgl. Michael Hartmann: Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wirtschaft, Frankfurt am Main u. a. 2002. Siehe auch ders.: Klassenspezifischer Habitus oder exklusive Bildungstitel als soziales Selektionskriterium? Die Besetzung von Spitzenpositionen in der Wirtschaft, in: Beate Kraus (Hg.): An der Spitze. Von Eliten und herrschenden Klassen, Konstanz 2001, S. 157–208.

schwere Niederlage hinnehmen, die zu einer persönlichen für den DGB-Vorsitzenden Christian Fette wurde. Durch ein Misstrauensvotum der Kongressdelegierten verlor er 1952 sein Amt an Walter Freitag. Als der DGB 1953 aufrief, „einen besseren Bundestag zu wählen“, teilte man öffentlich mit, wen man für die eigene Misere verantwortlich machte: die bürgerliche Regierung unter Konrad Adenauer.¹² Mit dem Beginn der Ära Brandt, 16 Jahre später, sollte der DGB seinen lange angestrebten Machtwechsel erreichen.

Welche Veränderungen dieser Regierungswechsel für die politische Intervention der Gewerkschaften nach sich zog, kann am Beispiel des Arbeitsschutzes studiert werden. Zwar begann der Gesetzgeber schon in der Zeit der Großen Koalition mit der Reform oder der Erweiterung der Schutzrechte für Arbeitnehmer, nur erfuhren die Gewerkschaften in dieser Zeit eher die Grenzen ihres politischen Einflusses auf eine Regierung, die zwar sozialdemokratisch beeinflusst, nicht jedoch sozialdemokratisch geführt wurde. Anschaulich machte dies das Gesetz über technische Arbeitsmittel. Im Kern ging es in diesem Gesetz um die Unfallhaftung, die für Maschinen, technische Anlagen und Arbeitsmittel auf die Konstrukteure und Hersteller ausgeweitet werden sollte. Für die Gewerkschaften schloss das Vorhaben unmittelbar an ihre Forderung nach einem Maschinenschutzgesetz an, die sie seit Jahrzehnten erhoben hatten. Im Verlauf der Gesetzgebung plädierten die Gewerkschaften mehrfach für Veränderungen an den Entwürfen. Vor allem strebte der DGB behördliche Verfahren für die Prüfung, Registrierung und Zulassung von Maschinen an. Als im Juni 1968 das Gesetz über technische Arbeitsmittel im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde, enthielt es nicht eine der zentralen gewerkschaftlichen Änderungsforderungen. Auch wenn die Gewerkschaften ein Gesetz erhielten, das sie in der Sache unterstützten, erfuhren sie in der inhaltlichen Umsetzung eine konsequente Zurückweisung ihrer Prioritäten. Die SPD-Bundestagsfraktion hinderte es nicht, dem Gesetz ihre Zustimmung zu geben, obgleich sie während der Gesetzgebung noch für die Vorschläge der Gewerkschaften eingetreten war. Sozialdemokratische Regierungspolitik in der Großen Koalition war für den Arbeitsschutz noch immer nicht jene Arbeitnehmerpolitik, auf welche die Gewerkschaften gewartet hatten. Sie stand in der Wahrnehmung der Gewerkschaften im Zeichen der Koalitionsräson.¹³

In den Gewerkschaften zeigte sich in dieser Zeit erste Kritik an der Organisation des politischen Einflusses durch die Sozialpolitiker im DGB. Im Dezember 1967 ging ein Schreiben des Hauptvorstandes der IG Metall an die eigenen Verwaltungsstellen und den Bundesvorstand des DGB, in dem mit Unverständnis registriert wurde, dass einer Massenorganisa-

12 Der Aufruf lautete genau: „Für einen besseren Bundestag“. Vgl. Klaus Schönhoven: Nach der Ära Böckler: Die Führungskrise im Deutschen Gewerkschaftsbund 1951/52, in: Jürgen Kocka u. a. (Hg.): Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat, München 1994, S. 173–189; ders.: Die deutschen Gewerkschaften, Frankfurt am Main 1987, S. 213 ff.; Werner Müller: Die Gründung des DGB, der Kampf um die Mitbestimmung, programmatisches Scheitern und der Übergang zum gewerkschaftlichen Pragmatismus, in: Hans-Otto Hemmer/Kurt Thomas Schmitz (Hg.): Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute, Köln 1990, S. 85–147.

13 Im Folgenden wird auf eine ausführliche Zitierung der Belegstellen (Archivalien aus dem DGB-Archiv, Gesetzestexte, Parlamentsdokumente etc.) verzichtet und der Leser stattdessen auf die detaillierten Angaben in der korrespondierenden Monografie (Stefan Remeke: Gewerkschaften und Sozialgesetzgebung) verwiesen. Im Fall besonders wichtiger Dokumente werden Belegstellen gesondert ausgewiesen.

tion wie den Gewerkschaften in einem legislativen Verfahren am Ende allein die direkte Petition über die lokalen Niederlassungen geblieben war.¹⁴ Das Schreiben stammte von Gerd Muhr, der 1967 im Hauptvorstand der IG Metall für die Sozialpolitik seiner Gewerkschaft zuständig war. Wenige Monate später wurde Muhr die Nachfolge Hermann Beer-
manns angeboten, der im geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB die Sozialpolitik betreute und welchen Muhr mit seinem Schreiben vom Dezember 1967 indirekt wegen eines zu geringen Wirkungsgrades der gewerkschaftlichen Interventionen bei Sozialgesetzen kritisiert hatte. Als Gerd Muhr im Mai 1969 von der Frankfurter Zentrale der IG Metall in den Bundesvorstand des DGB nach Düsseldorf wechselte, waren die ersten „Rauchzeichen“ für einen künftig wachsenden Einfluss der Gewerkschaften in der Sozialpolitik bereits zu erkennen. Mit der Wahl von Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten war im März 1969 die Vorankündigung eines Machtwechsels vollzogen worden.

Ein Jahr später erklärte Muhr vor dem Sozialpolitischen Ausschuss des DGB, dass sich die Bedingungen für den Einfluss der Gewerkschaften auf die Sozialpolitik nun grundlegend gewandelt hätten: „Aufbauend auf dem ersten Erfolg, den unsere Forderungen durch Aufnahme in die Regierungserklärung hatten, gelte es nun, mit den Kräften die politische Führung zu halten, die unseren Anliegen aufgeschlossen gegenüberstehen. So sei z. B. das Bundesarbeitsministerium z. Zt. als ein ‚Haus der offenen Türen‘ zu bezeichnen; die Gesprächsbereitschaft des Ministers und seiner Mitarbeiter sei wesentlich größer, als dies in den vergangenen 20 Jahren der Fall war.“¹⁵ Für die Arbeit der Sozialpolitiker im DGB und für den Führungsauftrag von Gerd Muhr hieß das aber zugleich, dass vor allem die Aufgabe der Organisation einer möglichst einheitlichen sozialpolitischen Stimme der Gewerkschaften zur besonderen Herausforderung wurde. Es gehört zum Wesen von Sozialgesetzen, dass ihre Regelungen zumeist äußerst komplex und bis in die Details sehr kompliziert sind. Für einen Verbund von Gewerkschaften, die mit unterschiedlichen Prioritäten aufgrund völlig unterschiedlicher Organisationsbedingungen per se kein homogenes Gefüge für sozialpolitische Entscheidungen darstellten, war die Suche einheitlicher Positionen, die für eine wirksame Begleitung der Gesetzgebung notwendig war, eine „Herkulesaufgabe“. Schließlich mussten sie für jede Bestimmung eines Gesetzes, für jeden Paragraphen und Absatz gefunden werden. Erschwert wurde dies dadurch, dass es bei Dissonanzen im Detail keine Prozedur gab, die durch Mehrheitsentscheid einen Beschluss herbeiführen konnte. Stets wurde ein tragfähiger Kompromiss für alle benötigt, also die Schlichtung von Konflikten durch einen allseits akzeptierten Interessenausgleich. Das wiederum war für den DGB im Verlauf der sozialliberalen Reformphase ungleich schwerer als in den Jahren zuvor. Da die Gewerkschaften nun erfuhren, dass ihre Anliegen ernster genommen und tatsächlich in Gesetze überführt wurden, war die Kompromissbereitschaft der einzelnen Verbände reduziert. Gerd Muhr, der 1967 den DGB dafür

14 IG Metall, Vorstand, Gerd Muhr an die Verwaltungsstellen, Frankfurt am Main, 20. Dezember 1967, in: DGB-Archiv im AdsD, DGB-BV, Abt. Sozialpolitik, 24/3809.

15 DGB-Bundesvorstand, Abteilung Sozialpolitik: Protokoll über die Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 16. und 17. April 1970, Düsseldorf, 21. April 1970, in: DGB-Archiv im AdsD, DGB-BV, Abt. Sozialpolitik, 24/2949.

kritisiert hatte, dass keine Einflussnahme auf den Gesetzgeber gelang, war sich womöglich gar nicht bewusst, dass dieser Zustand zumindest befriedend auf die innergewerkschaftlichen Verhältnisse gewirkt haben mag. Weil wenig erreicht werden konnte, war die Frage, was man erreichen wollte, nicht wirklich bedeutsam. Nun, da viel zu erreichen war, hatte Muhr die Vereinigung der Partikularinteressen der Gewerkschaften zu organisieren.

Der Aufwand, der in der Abteilung Sozialpolitik im DGB-Bundesvorstand in den frühen 1970er Jahren dafür betrieben wurde, war immens. Strukturell benötigte man einen komplexen bürokratischen Apparat, mit dem in der geschilderten Konstellation Positionen und Stellungnahmen, die gelegentlich gar in Form eigener Gesetzentwürfe des DGB erschienen, zu erarbeiten waren. Zu jedem Verfahren und in Streitfällen mitunter zu jedem Konflikt wurden Arbeitskreise oder Ad-hoc-Arbeitsgruppen im DGB gebildet, in denen sich die Fachleute des Gewerkschaftsbundes, der betroffenen Gewerkschaften und Vertreter der DGB-Landesbezirke zusammenfanden. Inhaltlich folgte aus der zwingenden Suche nach dem Konsens nicht selten die Ausweitung der eigenen Ziele – es lag in der Natur der Sache, dass ein Interessenausgleich dadurch leichter zu finden war als durch eine programmatische Konzentration.

Bei den gewerkschaftlichen Versuchen, die Schutzgesetze für Arbeitnehmer in den frühen 1970er Jahren zu erweitern, führten die Schwierigkeiten in der Abstimmung der gewerkschaftlichen Interessen zu unterschiedlichen Problemen, mit denen sich Gerd Muhr zu befassen hatte. In der Frage, ob sich der DGB für eine Erneuerung der Arbeitszeitordnung einsetzen sollte, die mit ihren Bestimmungen aus den 1930er Jahren stammte, und wie eine solche Reform etwa in Gestalt eines Arbeitszeitgesetzes nach den Vorstellungen der Gewerkschaften zu gestalten war, gab es besonders große Differenzen. Schon in der Kernfrage, ob die 40-Stunden-Woche darin als Höchstgrenze der regulären Arbeitszeit fixiert werden sollte, gab es von Verbänden, die ihren tarifpolitischen Handlungsspielraum damit eingegrenzt sahen, erhebliche Widerstände. Erst durch Beschluss auf höchster Ebene – in einer Sitzung des Bundesvorstandes¹⁶ – konnten sie beseitigt werden. Aber auch an anderen Stellen schwelten Konflikte. Wie etwa war mit der Zulässigkeit oder dem Verbot der Nachtarbeit von Frauen zu verfahren? Für Arbeiterinnen war sie verboten, für angestellte Arbeitnehmerinnen hingegen möglich. Hier stießen die Ambitionen des DGB, den Schutzaspekt durch ein generelles Verbot der Nachtarbeit von Frauen zu vereinheitlichen, auf Widerstand etwa seitens der Gewerkschaft ÖTV oder der Gewerkschaft Textil-Bekleidung. Sie monierten, dass ihre Kolleginnen von den besser bezahlten Arbeiten in Schichtarbeit entfernt wurden, da sie nicht für die Nachtschicht zur Verfügung standen.¹⁷ Für die Erneuerung der Arbeits-

16 Vgl. DGB-Bundesvorstand, Abteilung Vorsitzender: Protokoll über die 9. Sitzung des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 5. Mai 1970 im Hans-Böckler-Haus, Düsseldorf, in: DGB-Archiv im AdsD, DGB-BV, Abt. Vorsitzender, 5/DGAI000536. Dazu als Material: Gerd Muhr an die Mitglieder des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Änderung der AZO, Düsseldorf, 23. April 1970, in: DGB-Archiv im AdsD, DGB-BV, Abt. Vorsitzender, 5/DGAI000465.

17 Hierzu besonders aufschlussreich: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Frauen: Niederschrift über die Sitzung des DGB-Bundesfrauenausschusses am 13. und 14. August 1970 in Niederpöcking, Düsseldorf, 7. November 1970, in: DGB-Archiv im AdsD, DGB-BV, Abt. Frauen, 24/4008.

zeitordnung führten die inneren Widersprüche in den Gewerkschaften zur Selbstblockade. Ein wirksamer Vorstoß aus dem DGB war so nicht zu erreichen.

Bei der Arbeitsstättenverordnung, die im Mai 1976 in Kraft trat, war die Situation eine andere. Bei dieser Verordnung, in der zahlreiche Vorschriften für die Gestaltung von Arbeitsplätzen bis in die kleinsten Details vereinheitlicht festgelegt wurden, überwog von Anfang an eine weitgehend einhellige Zustimmung der Gewerkschaften zu den Plänen des Arbeitsministeriums. Diese brachte man in den Stellungnahmen des DGB in den jeweiligen Etappen der Entwürfe auch zum Ausdruck. Am Ende kam es dann aber doch zu Differenzen. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen drang auf besondere Regelungen für die Gestaltung von Verkaufsständen im Freien oder auf Ruheräume für Frauen, was in den Stellungnahmen des DGB nach Ansicht der Gewerkschaft unzureichend berücksichtigt worden war. Als die Verordnung dem Deutschen Bundesrat vorlag und damit vor einer ihrer letzten Hürden stand, erwartete die Gewerkschaft vom DGB eine Intervention. Der zuständige DGB-Mitarbeiter schrieb Muhr: „Nach Abwägung aller Aspekte bin ich im Dezember 1974 zum Ergebnis gelangt, daß unsererseits wegen der überaus fortschrittlichen Arbeitsschutzpolitik der Bundesregierung eine korrigierende Initiative im Hinblick auf den Bundesrat [...] nicht erfolgen sollte.“¹⁸ Der DGB verteidigte in jenem Fall sehr offensiv die Politik des Arbeitsministers gegen die Interessen einzelner Gewerkschaften, die man intern als geringfügig einschätzte. Schließlich führte es zum Ausscheren der vernachlässigten Gewerkschaft, die nicht ohne Erfolg eigene Aktivitäten jenseits des Gewerkschaftsbundes unternahm.

Maria Weber hatte in ihrem Geschäftsbereich mit den Partikularinteressen der Gewerkschaften ebenso „zu kämpfen“ wie Gerd Muhr. Für die Abteilung Frauen, also für die Arbeit einer Personengruppe im DGB, kam erschwerend dazu, dass die Frauen mit den sachlich betroffenen Fachabteilungen im DGB-Bundesvorstand kooperieren mussten, was in der Praxis oft den Eindruck einer Kontrolle der Frauen durch die männlichen Kollegen erweckte.¹⁹ Im Bereich des Frauenarbeitsschutzes oder bei den Versuchen des DGB, in den frühen 1970er Jahren ein erneuertes Mutterschutzgesetz mit einer Regelung des Karenzurlaubes (Mutterschaftsurlaub) zu erreichen, ließe sich jenes besondere Anforderungsprofil für die Spitzenfunktionärin im DGB, welche für die Sozial- als auch die Frauenpolitik verantwortlich war, konkret nachvollziehen. Wir wollen darauf an dieser Stelle verzichten und vielmehr fragen, inwiefern die Karriere und der Lebensweg von Gerd Muhr und Maria Weber auf die sehr speziellen Aufgaben der innergewerkschaftlichen Führung in den 1970er Jahren vorbereiteten.

Auffallend für Gerd Muhr wie für Maria Weber ist in jedem Fall, dass sie sehr früh eine hauptamtliche Tätigkeit als Funktionär in den Gewerkschaften aufnahmen oder vergleichs-

18 DGB-Bundesvorstand, Abteilung Sozialpolitik: Reinhold Konstanty an Gerd Muhr im Hause, Schreiben der Kollegin Moser vom 13. Januar 1975, Düsseldorf, 30. Januar 1975, in: DGB-Archiv im AdSD, DGB-BV, Abt. Sozialpolitik, 24/3685.

19 Vgl. etwa DGB-Bundesvorstand, Abteilung Frauen: Niederschrift über die Sitzung des DGB-Bundesfrauenausschusses am 22. und 23. Januar 1970 in Düsseldorf, Hans-Böckler-Haus, Düsseldorf, im März 1970, in: DGB-Archiv im AdSD, DGB-BV, Abt. Frauen, 24/4008. Hier wird in der Diskussion von den Funktionärinnen „Minderheitenschutz“ verlangt.

weise jung die Aufgabe im Vorstand meisterten. Jühe gibt idealtypisch für eine Karriere in den Gewerkschaften an, dass diese Funktionäre im Alter um die 30 Jahre hauptamtlich wurden und bei Erfolg zehn Jahre später in ein Vorstandsamt aufrückten.²⁰ Muhr wuchs als einziger Sohn in einer kinderreichen Familie in Bad Honnef auf und wurde von seinem Vater, einem Schriftsetzer, früh mit der Gewerkschaftsbewegung vertraut gemacht. Unmittelbar nach dem Krieg trat er der IG Metall bei und begann als Betriebsratsvorsitzender bei der Elektroapparate-Bau Josef Junker in Honnef die Gewerkschaftskarriere. Nachdem er 1947 Vorsitzender der DGB-Nebenstelle in Honnef geworden war, wechselte er 1949 24-jährig in die erste leitende hauptamtliche Funktion in den Gewerkschaften. Für die IG Metall wurde er Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Siegburg. In dieser Funktion wurde die ausgeprägte strategische Fähigkeit, welche Muhr nach Angaben seiner Mitarbeiter später immer auszeichnete, offenbar besonders geschult. Es war eine für Muhr entscheidende Zeit, in der er wichtige Erfahrungen machte. Mit Sozialpolitik war damals häufig mehr für die Arbeitnehmer zu erreichen als über eine noch nicht dynamische Tarifpolitik. Muhr selbst beschrieb die Aufgabe, welche er mit der Leitung der kleinen Filiale übernommen hatte, als für ihn wegweisend: „Denn gerade in dieser Tätigkeit habe ich das entscheidende Rüstzeug für meinen weiteren gewerkschaftlichen Werdegang gesammelt.“²¹ Bis Juni 1955 nahm er diese Aufgabe wahr. Dann wechselte er als Sachbearbeiter für Sozialpolitik, Arbeits- und Sozialrecht in die Zentrale der IG Metall; nur ein Jahr später übernahm Muhr die Leitung der Abteilung. Als im Februar 1963 Karl Deibicht starb, das für Sozialpolitik zuständige Vorstandsmitglied der IG Metall, wählte der Beirat Gerd Muhr im Juni 1963, kurz nach seinem 39. Geburtstag, zu dessen Nachfolger. Noch mehr von früher Verantwortung in gewerkschaftlichen Spitzenfunktionen gezeichnet war der Werdegang Maria Webers. Sie wuchs in einer Bergarbeiterfamilie im Ruhrgebiet auf, in der die aktive Betätigung in der Arbeiterbewegung lange Tradition hatte. Sie machte in ihrem Betrieb, der Gelsenberg-Benzin AG in Gelsenkirchen, und in den Gewerkschaften nach Kriegsende eine rasante Karriere. Sie wurde 1946 Betriebsrätin, ging 1947 bis 1948 an die Akademie der Arbeit und kehrte in ihren Betrieb zurück, wo sie stellvertretende Betriebsratsvorsitzende wurde. In der IG Chemie, Papier, Keramik wurde sie in den Vorstand der Ortsverwaltung und in den Beirat der Gewerkschaft gewählt. 1950 wechselte sie zum DGB und wurde Sachbearbeiterin der Abteilung Frauen im Geschäftsbereich von Thea Harmuth, den sie erst 36-jährig nach deren Tod 1956 übernahm.²²

20 Reinhard Jühe: Soziale Herkunft und Aufstieg von Gewerkschaftsfunktionären. Eine empirische Untersuchung, Köln 1977, S. 51 f. Dieser Beitrag stammt aus einer soziologischen Forschungsrichtung, die in den 1970er Jahren recht intensiv das Sozialprofil des Gewerkschaftsfunktionärs untersuchte. Vgl. dazu etwa Manfred Wilke: Die Funktionäre. Apparat und Demokratie im Deutschen Gewerkschaftsbund, München 1979. Claus W. Witjes: Gewerkschaftliche Führungsgruppen. Eine empirische Untersuchung zum Sozialprofil, zur Selektion und Zirkulation sowie zur Machtstellung westdeutscher Gewerkschaftsführungen, Berlin 1976.

21 So Gerd Muhr in einem Redebeitrag vor dem DGB-Bundeskongress 1969 im Vorfeld der Vorstandswahlen. Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand (Hg.): Protokoll des 8. Ordentlichen Bundeskongresses in München vom 18. bis 23. Mai 1969, Düsseldorf 1969, S. 343.

22 Die Angaben aus den genannten Porträts von Gerd Muhr und Maria Weber ergänzen an dieser Stelle Informationen in den gewerkschaftlichen Geschäftsberichten. Für Gerd Muhr siehe IG Metall (Hg.):

Maria Weber und Gerd Muhr hatten mit Beginn der sozialliberalen Reformphase eine bis zu 20-jährige Erfahrung in hauptamtlicher gewerkschaftlicher Tätigkeit und eine bis zu 13-jährige in der Funktion eines gewerkschaftlichen Vorstandes aufzuweisen, wobei ihr Alter mit 45 bzw. 50 Jahren eher jünger denn älter als das der anderen Kollegen im Vorstand des DGB 1969 war.²³ Es spricht viel dafür, dass die frühzeitige, lange Führungserfahrung an der Spitze gewerkschaftlicher Funktionärshierarchien für Gerd Muhr und Maria Weber in der besonderen Konstellation seit 1969 hilfreich war. Vor allem Muhr wurde von seinem persönlichen Umfeld für seinen Führungsstil gelobt. Seine Mitarbeiter und Kollegen schilderten ihn als Persönlichkeit, die in der Sache hochkompetent und im menschlichen Umgang dennoch einfühlsam war. Trotz der Kenntnis von Gesetz und Verordnung bis in die Details habe er sich einen Blick auf das Ganze bewahrt. Nach außen wirkte er als gemäßigter Funktionär. Er war kein Freund des Wortradikalismus oder der Demagogie. Muhr bevorzugte den Sinn für die Realität. Er sei, so Engelen-Kefer, ein „Meister der Feinsinnigkeit“ gewesen, habe sich und andere „auf die Schippe“ nehmen können, ohne sie zu verletzen. Mit moderner Mitarbeiterführung setzte er „Maßstäbe“.²⁴

Manager der politischen Beeinflussung in Zeiten einer politisch enttarnten Einheitsgewerkschaft

An dieser Stelle hat es womöglich noch nicht den Anschein, dass der Lebensweg von Gerd Muhr und Maria Weber unmittelbar auf die spezifischen Aufgaben im Bereich des Managements der sozialpolitischen Beeinflussung im DGB vorbereiteten. Es ließe sich mit Berechtigung einwenden, dass eine langjährige Funktionärerfahrung, der Aufbau möglichst belastbarer Netzwerke und ein persönliches „standing“ generell für gewerkschaftliche Spitzenkräfte, ja auch für andere Spitzenkräfte vorteilhaft war. Für Gerd Muhr und Maria Weber sind die Parallelen, die zwischen ihrem persönlichen Profil zu erkennen sind und dem für die sozialpolitische Lobbyarbeit des DGB seit 1969 geforderten, indes weitaus ausgeprägter.

Beide stellten mit ihrer Person schließlich jene Synapsen dar, an denen sich die Interessen der Gewerkschaften mit denen der politischen Organe trafen. Gerade das politische Verhal-

Geschäftsbericht 1962 bis 1964 ff. des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1965 ff. Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand (Hg.): Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1969 bis 1971 ff., Düsseldorf 1972 ff. Für Maria Weber siehe vor allem Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand (Hg.): Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1956 bis 1958 ff., Düsseldorf 1959 ff.

23 Vgl. Jühe: Soziale Herkunft, S. 35.

24 Im Hinblick auf Muhrs filigrane Sachkenntnis ist der Hinweis interessant, dass er offensichtlich eine generelle Neigung zu Tätigkeiten hatte, die Präzision und Ausdauer erforderten. Seine Mechanikerlehre beendete er mit einem Gesellenstück, das aus der Konstruktion eines komplizierten Schiffes bestand. Die Verbindung zur Seefahrt sollte ihn 1942 einholen, als er Soldat der Kriegsmarine wurde (bis 1946 in Gefangenschaft). An dieser Stelle wird die Frage interessant, inwiefern Muhrs späterer Führungsstil von der für seine Sozialisation relevanten Erfahrung des Korpsgeistes in der Marine beeinflusst war. Die Bewertung seines Führungsstils und die Zitate nach Engelen-Kefer: Nachruf.

ten des DGB war jedoch hochbrisant, denn die Einheitsgewerkschaft verstand sich nicht allein als Organisationsprinzip von seinerzeit 16 Gewerkschaften, welche auf eine inhaltliche Linie zu vereinigen waren, sondern ebenso als politisches Prinzip der Vereinigung ehemaliger Richtungsgewerkschaften.²⁵ Daraus kann nicht gefolgert werden, dass der DGB unpolitisch war. Vielmehr hatte er seine politische Kraft zwischen der Mehrheit der SPD-Funktionäre und der Minderheit der christlich-sozialen Funktionäre, die überwiegend der CDU und ihren Sozialausschüssen (CDA) angehörten, zu tarieren. Dass dies ein schwieriges bis gefährliches Unterfangen war, hatten Maria Weber und Gerd Muhr selbst anschaulich erfahren. Als der DGB 1953 aufrief, „einen besseren Bundestag zu wählen“, war das zugleich eine einheitsgewerkschaftliche Demaskierung, welche man sich bis dahin erspart hatte. Der innergewerkschaftliche Zusammenhalt mit dem christlichen Arbeitnehmerflügel wurde damals auf die Probe gestellt, wobei der Disput zwischen Agartz und Nell-Breuning um die Strategie der Gewerkschaften und ihren antikapitalistischen Gehalt die Spannungen verstärkte.²⁶ Der DGB stand seither „unter Dauerbeobachtung von Teilen der christlichen Kollegenschaft (und teilweise des katholischen Klerus), die jede von ihnen so deklarierte Abweichung vom Kurs der politischen Unabhängigkeit mit Trennungsdrohungen ahndeten“.²⁷

Nun war zum Ende der 1960er Jahre die Strahlkraft der Konfessionsmilieus nicht mehr so bedeutsam wie zu Beginn der 1950er Jahre und die Institution DGB nach 20 Jahren des Bestehens gefestigter als in der Phase der Gründung.²⁸ Dennoch könnte bei der Betrachtung des politischen Verhaltens im DGB, wie es sich im Zusammenhang mit dem Heimarbeitsänderungsgesetz von 1974 zeigte, auf den ersten Blick der Eindruck entstehen, als handelte der DGB im Bewusstsein seiner einheitsgewerkschaftlichen Verpflichtung. Für den DGB war es eine spezielle Gesetzgebung, weil im Paket die Reform des Heimarbeits-, Bundesurlaub- und Tarifvertragsgesetzes²⁹ zu begleiten war. Für die Reformen im Tarifvertragsrecht gab es im Gewerkschaftslager ambitionierte, wenngleich uneinheitliche Zielvorstellungen,

25 Klaus Tenfelde: Das Selbstverständnis des DGB als politische Einheitsgewerkschaft, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 50 (1999), S. 779–782.

26 Vgl. dazu Wolfgang Schroeder: Katholizismus und Einheitsgewerkschaft. Der Streit um den DGB und der Niedergang des Sozialkatholizismus in der Bundesrepublik bis 1960, Bonn 1992; ders.: Einheitsgewerkschaft und Sozialkatholizismus. Zur Enttraditionalisierung der politischen Kultur in den fünfziger Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 45 (1992), S. 43–54; Josef Kaiser: „Wir können da keine Heimat finden, wo wir mit unseren Auffassungen immer wieder erdrückt werden“. Jakob Kaiser vor dem Bundesausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 11. Dezember 1953. Eine Edition, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 34 (1998), S. 37–81.

27 Helga Grebing: Gewerkschaften: Bewegung oder Dienstleistungsorganisation 1955 bis 1965, in: Hemmer/Schmitz (Hg.), S. 149–182, hier S. 155.

28 Der Niedergang des Sozialkatholizismus wirkte auch im DGB, siehe Schroeder: Katholizismus und Einheitsgewerkschaft. Zu den abnehmenden Kohäsionskräften der Konfessionsmilieus gerade in den 1960er Jahren finden sich weiterführende Hinweise u. a. bei Schönhoven: Aufbruch in die sozialliberale Ära. Einführend Hans Maier: Kirche, Religion und Kultur, in: Martin Broszat (Hg.): Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990, S. 131–139.

29 So lautete das Heimarbeitsänderungsgesetz „Gesetz zur Änderung des Heimarbeitsgesetzes und anderer arbeitsrechtlicher Vorschriften“.

die bis zur Legalisierung der Differenzierungs- und Effektivklauseln durch den Gesetzgeber reichten.³⁰ Als der Regierungsentwurf mit der Möglichkeit des Abschlusses von Tarifverträgen für so genannte „arbeitnehmerähnliche Personen“ den Gewerkschaften entgegenkam, war das – verglichen mit den Maximalforderungen, die im DGB kursierten – die erste Niederlage. Als eine zweite folgte, wurde im DGB gehandelt. „Besonders möchten wir darauf hinweisen, daß es der Lobby der Handelsvertreterverbände gelungen ist, die zukünftige Anwendbarkeit des Tarifvertragsgesetzes auf die [...] Handelsvertreter zu verhindern. Wir wissen nicht genau, wer in dieser Richtung seinen unseligen Einfluß geltend gemacht hat, vermuten aber, daß es Kabinettsmitglieder sein müssen.“³¹ Zu beachten ist, dass die Protestnote – offensichtlich gegen die FDP – von Maria Weber stammte, die sachlich für jenes Gesetz im DGB gar nicht zuständig war. Sie übernahm an dieser Stelle eine politische Rolle, denn der DGB versuchte über die Kontakte seiner Funktionäre zu SPD und CDU, in dieser Frage eine Koalition der Sozialpolitiker der Volksparteien gegen die FDP zu stellen. Auf allen Kanälen liefen in der zweiten Hälfte des Jahres 1973 und Anfang 1974 Interventionen aus dem DGB in Richtung SPD und CDU/CDA unter dem Motto: „Na, wollen wir mal sehen, ob diesmal die Koalition der Gewerkschafter stärker ist als die unterschiedlichen Parteigliederungen.“³²

Dieses Verhalten des DGB bei den Schutzgesetzen für Arbeitnehmer in der Reformphase der sozialliberalen Koalition war jedoch ein singulärer Vorgang, denn der DGB sah sich als enger Partner, ja gelegentlich als Element dieser Koalition. Man stützte nicht nur den „eigenen“ Arbeitsminister und pflegte einen exklusiven Kontakt zur „Fraktion der Gewerkschafter“, der SPD-Bundestagsfraktion, in der Parlamentarier mit Gewerkschaftsbuch am zahlreichsten waren. Das Arbeitssicherheitsgesetz macht eine darüber hinaus gehende Praxis deutlich. Schon im Vorfeld dankte Walter Arendt Gerd Muhr für seinen Beitrag zu einer Verständigung zwischen DGB und BDA, wodurch die Arbeitgeber von ihrer ablehnenden Haltung gegen eine gesetzliche Regelung des Einsatzes von Werksärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit Abstand nahmen.³³ Der DGB agierte de facto als „Hilfstruppe“ der Ministerialbürokratie und später, im parlamentarischen Konflikt um die Rechte der Betriebsräte

30 Bei der Differenzierungsklausel ging es um Vergünstigungen für Gewerkschaftsmitglieder in den Tarifverträgen. Bei der Effektivklausel hatten die Gewerkschaften nicht die von jeher umstrittene Effektivgarantieklausel im Blick, sondern die begrenzte Effektivklausel. Sie sollte verhindern, dass Tariflohnerhöhungen auf Zulagen, die jenseits des Tarifvertrages vereinbart worden waren, angerechnet werden konnten. Alle Klauseln waren nach den Urteilen des Bundesarbeitsgerichts („Richterrecht“) nicht zulässig, hätten also per Gesetz legalisiert werden müssen.

31 DGB-Bundesvorstand, Abteilung Arbeitsrecht: Maria Weber an die Hauptvorstände der Gewerkschaften und DGB-Landesbezirke, den Mitgliedern des GBV zur Kenntnis, Änderung des Heimarbeitsgesetzes und anderer arbeitsrechtlicher Vorschriften, Düsseldorf, 12. Juli 1973, in: DGB-Archiv im AdsD, DGB-BV, Abt. Arbeitsrecht, 24/7102.

32 DGB-Bundesvorstand, Abteilung Arbeitsrecht: Gunter Rose an den Kollegen Rudolph, IG Metall, Bezirksleitung Hagen, Düsseldorf, 7. Februar 1974, in: DGB-Archiv im AdsD, DGB-BV, Abt. Arbeitsrecht, 24/7102.

33 Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Walter Arendt an Gerd Muhr, Gesetzliche Regelung für Betriebsärzte und sicherheitstechnische Fachkräfte, Bonn, 28. April 1971, in: DGB-Archiv im AdsD, DGB-BV, Abt. Sozialpolitik, 24/3347.

bei der Bestellung der Sicherheitsexperten, als Stütze der SPD gegen Widerstände aus CDU/CSU und FDP. Selbst das Angebot Norbert Blüms, die Sozialausschüsse in dieser Frage auf die Seite der Gewerkschaften zu stellen, ließ der DGB ungenutzt. Er stand im Verfahren zum Arbeitssicherheitsgesetz von 1973 fest an der Seite der SPD. Er erwartete dafür die Berücksichtigung eigener Interessen und eine Maßregelung der FDP, sobald es zu Gegensätzen kam. Jene DGB-Funktionäre, welche der CDA angehörten, schienen im Rahmen anderer Gesetzgebungsprozeduren sogar unter Beobachtung ihrer Kollegen aus der SPD zu stehen. Um Stellungnahmen, die den Vorstellungen der Opposition zu nahe kamen, zu vermeiden, gab es im Fall des Jugendarbeitsschutzgesetzes eine Initiative gegen Hanshorst Viehof, der als zuständiger DGB-Funktionär wegen seiner Position in CDU und CDA offenbar in Verdacht geriet. Diese Initiative stammte von einem aufstrebenden Funktionär, der 1973 f.ür die Gewerkschaftsjugend in Baden-Württemberg sprach und später Arbeitsminister werden sollte – Walter Riester.³⁴

Das skizzierte Verhalten des DGB beim Heimarbeitsänderungsgesetz war eine, im Ergebnis für das Heimarbeitsgesetz übrigens erfolgreiche, Variante, die Anwendung fand, als elementare Verteilungsinteressen und der Einfluss der Organisation bedroht waren. In der Gesetzgebung zum Arbeitsschutz fand diese Variante ansonsten keine Verwendung. Die „Nibelungentreue“ zur Sozialdemokratie war bestimmend und der DGB als politische Einheitsgewerkschaft seit 1969 aufgrund seiner Kooperation mit der von ihm bevorzugten Regierungspartei nunmehr auch durch konkretes Handeln enttarnt. In dieser Situation benötigte man an der Spitze Personen, die nach innen in die Organisationen wie nach außen in die Politik die zu vermittelnde parteipolitische Neutralität der Einheitsgewerkschaft, jedoch zugleich ihre politische Verlässlichkeit darzustellen in der Lage waren. Idealtypisch lautete das Profil: ein Sozialpolitiker, der die Bindung an die SPD repräsentierte, ohne politisch exponiert zu sein, der aber gleichzeitig für eine selbstbewusste, eigenständige Sozial- und Arbeitnehmerpolitik der Gewerkschaften stand; eine christlich-soziale Spitze, die den Zielen der Gewerkschaft Vorrang vor den Interessen der Partei gab, die dennoch über beste Beziehungen zu den Sozialausschüssen verfügen musste, damit sie als Integrationsfigur für christlich-soziale Kollegen zu fungieren vermochte wie für CDA-Politiker, die auf das politische Verhalten der Einheitsgewerkschaft achteten. So war die strategische Präferenz des DGB zu moderieren.

Exakt diesem idealtypischen Profil entsprachen Gerd Muhr und Maria Weber. Nachdem im Vorstand der IG Metall die Verantwortung für die Sozialpolitik an Muhr übertragen worden war, wurde er bald darauf auch Mitglied im entsprechenden Fachausschuss beim Parteivorstand der SPD. Dennoch wurde er von engsten Mitarbeitern als überzeugter Anhänger der parteipolitisch unabhängigen Gewerkschaftsbewegung beschrieben.³⁵ Weber

34 DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg, Abteilung Jugend: Walter Riester an Walter Haas, DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend, DGB-Stellungnahme zum Referentenentwurf Jugendarbeitsschutzgesetz, Stuttgart, 30. August 1973, in: DGB-Archiv im AdSD, DGB-BV, Abt. Jugend, 24/10233.

35 Vgl. Pehl: Gerd Muhr. Thönnessen: Gerd Muhr. Zur parteipolitischen Haltung Gerd Muhrs dezidiert Engelen-Kefer: Nachruf.

– wie Muhr katholisch – wurde vom Konfessionsmilieu auch politisch geprägt. Ihr Großvater mütterlicherseits war einer der Mitbegründer des Christlichen Bergarbeiterverbandes Essen. Weber besuchte die katholische Volksschule und schloss die höhere Mädchenschule (Lyzeum) an. Seit 1933 leitete Maria Weber katholische Jugendgruppen in Gelsenkirchen und blieb, als sie durch die Nationalsozialisten verboten wurden, in katholischen Jugendverbänden engagiert. Auch die Triebfeder ihres Engagements in der Gewerkschaft, die katholische Soziallehre, war in ihrer konfessionellen Prägung verankert.³⁶ In wichtigen Gremien der katholischen Kirche übernahm sie später exponierte Aufgaben: so als Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken oder in jener Kommission der Deutschen Bischofskonferenz, die sich mit gesellschaftspolitischen Fragen befasste. Als sie 1972 die Nachfolge Bernhard Tackes als christlich-soziale Spitze des DGB annahm, war sie dafür auch politisch prädestiniert. Im Gegensatz zu Adolf Müller, der sich um diese Position vergeblich bemüht hatte,³⁷ war Weber trotz langjähriger Aktivität in der CDA mit der gewünschten Distanz zur CDU versehen. Sie trat 1968 nicht nur spät in die Partei ein, sie scheute auch nicht davor zurück, gegen die Linie ihrer Partei offensiv gewerkschaftliche Anliegen zu vertreten. Als Anhängerin der Gesamtschule warf sie in den bildungspolitischen Konflikten der 1970er Jahre der CSU gar „Klassenkampf von oben“ vor.³⁸

Eine sozialpolitische Elite?

Hinsichtlich sozialpolitischer Überzeugungen waren Gerd Muhr und Maria Weber für die besonderen Konstellationen der frühen 1970er Jahre ebenfalls prädestiniert. Beide verfügten über ein sozialpolitisches Profil. Mit den gewerkschaftlichen Absichten *und* mit der eigenen Biographie sich in Einklang befindend, war dies deshalb glaubwürdig und vermochte in die (gewerkschaftliche) Öffentlichkeit zu wirken. Erkennbar wurde ihr – hier nur im Ansatz zu zeigendes – sozialpolitisches Profil in einem persönlichen Koordinatensystem, in dem durch eigene Erfahrungen gefestigte Überzeugungen eine Orientierung gaben.

Für Maria Weber mündeten diese – bedingt durch ihr Aufgabengebiet – zuerst in die gewerkschaftliche Bildungs- oder Frauenpolitik, wobei die als gestaltend verstandene Sozial-

36 Vgl. Schroeder: Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU, S. 45 ff.; Kowalak: Nachruf, ebd. auch folgende Angaben zur Biographie Webers beschrieben.

37 Adolf Müller war als Mitglied der Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag und als stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung zu Beginn der 1970er Jahre eine starke politische Figur, die über eine Funktion in der Spitze des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen gewerkschaftlich verankert war. Eine politische Figur als Nachfolger Tackes verhinderte der DGB offiziell, weil Müllers Haltung zu den Ostverträgen umstritten war. Zum „Fall Müller“ siehe einführend die Dokumente zur 32. Sitzung des DGB-Bundesvorstandes am 23. Juni 1972 und zur 1. Sitzung am 5. September 1972, in: DGB-Archiv im AdS, DGB-BV, Abt. Vorsitzender, 5/ DGAL000537 und 476.

38 So anlässlich der 3. Bildungspolitischen DGB-Konferenz 1979 in Essen, siehe hierzu Kowalak: Nachruf. In die CDU trat Weber 1968 nach eigenen Angaben nur deshalb ein, weil sie sonst keine führende Position in der CDA hätte wahrnehmen können. Vgl. das Interview bei Schroeder: Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU, S. 54.

als Gesellschaftspolitik zumeist unmittelbar mit betroffen war. Neben ihrer Prägung durch das Konfessionsmilieu und der Leitlinie der katholischen Soziallehre war das Erlebnis des persönlichen beruflichen Scheiterns in der Jugend für Weber eine wohl ebenfalls lebenslang ihr Handeln bestimmende Erfahrung: Nach dem Ende des Lyzeums schloss sie – auf Drängen ihrer Familie – eine von ihr nicht geliebte Schneiderlehre an, die sie 1938 mit der Gesellenprüfung beendete. Ihr Berufswunsch, Kinderärztin zu werden, ließ sich materiell nicht verwirklichen. Als Telefonistin sowie anschließend als Werkstoffprüferin in einem Chemiegroßbetrieb tätig, versuchte sie nach 1939, einen Schulabschluss für das Studium durch Abendkurse doch noch zu erlangen, was abermals scheiterte – nun an den Umständen der Zeit. Gerade für die späten 1960er und 1970er Jahren scheint das gewerkschaftliche Engagement Maria Webers aus dieser Erfahrung zusätzlich erklärbar. Ihr Bemühen, mit aller verfügbaren Kraft die Bildungschancen für Arbeiterkinder zu verbessern, war ein persönliches Anliegen und führte zu ihrer Beteiligung am Berufsbildungsgesetz 1969 und zu den Plädoyers für die Gesamtschule. Damit waren zugleich die beruflichen Chancen für die Frauen zu fördern, wofür sich Maria Weber auch in anderen Politikfeldern einsetzte. So regte sie schon Ende der 1960er Jahre in den Gewerkschaften an³⁹, über eine behutsame Rückführung des Frauenerwerbsschutzes nachzudenken, um die Erwerbschancen der Frauen zu erhöhen. Waren jene Überzeugungen der „Linkskatholikin“⁴⁰ mit denen im sozialliberalen Regierungslager kompatibel, war sie, wenn es um Kinder und Familie ging, eher Katholikin als links. Für den Mutterschutz plädierten der DGB und Weber in den frühen 1970er Jahren für einen bezahlten und langen Karenzurlaub. De facto wurde Müttern in diesem später realisierten Konzept der Einstieg in den beruflichen Ausstieg finanziert, da Betreuungsmöglichkeiten für Klein- und Kindergartenkinder wie auch für Grundschüler ganztägig nicht vorhanden waren.⁴¹ Damit und mit ihrem Eintreten gegen die Reform des § 218 StGB in den 1970er Jahren zeigte Maria Weber ihr christliches und traditionelles Familienbild, das mit der neuen Frauenbewegung kollidierte. Ob in diesen Haltungen auch die Zerrissenheit zwischen der Zuneigung zu Kindern (Kinderärztin) und dem für die Funktionärinnen in Webers Generation noch typischen Verzicht auf Familie zum Ausdruck kam, bleibt offen.

Während man Maria Webers Wahrnehmung und Handeln aus der Kenntnis von für sie bedeutsamen Schlüsselerlebnissen⁴² heraus besser versteht, ist für Gerd Muhr eher von einer

39 Vgl. DGB-Bundesvorstand, Abteilung Frauen: Maria Weber an die Mitglieder des DGB-Bundesfrauenausschusses, Überprüfung von Beschäftigungsverboten, Düsseldorf, 11. Dezember 1968, in: DGB-Archiv im AdsD, DGB-BV, Abt. Frauen, 24/4570. Es ging um die Frage einer Rückführung der besonderen, nur für Frauen geltenden Bestimmungen.

40 So bezeichnete sie sich einmal selbst: „Wenn man ein vernünftiger Katholik ist, muß man eigentlich links sein.“ So Weber bei Schroeder: Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU, S. 60.

41 Der DGB akzentuierte im Verlauf der 1970er Jahre die Bedeutung der Betreuungsmöglichkeiten zunehmend stärker – vielleicht auch, weil man mit dem bezahlten Mutterschaftsurlaub eine CDU-Position zur Vermeidung des Abbruchs der Schwangerschaft vertrat.

42 Der Begriff verweist auf eine in der Generationssoziologie bedeutsame Kategorie. Siehe Karl Mannheim: Das Problem der Generationen, in: ders.: Wissenssoziologie. Auszug aus dem Werk, Berlin u. a. 1965, S. 509–565. Die Untersuchung von Generationen wird jüngst sehr aktiv betrieben, für die Arbei-

stetigen gewerkschaftspolitischen Prägung auszugehen. In die 1950er Jahre fiel der Rückzug der Gewerkschaften aus den politischen Arenen. Die weitgehend erfolglosen Versuche politischer Beeinflussung in den Gründerjahren der Republik wurden von der mit wirtschaftlicher Prosperität zunehmend erfolgreichen Verteilungspolitik der Gewerkschaften abgelöst. Für Muhr aber wurde in den Jahren die Einsicht bestätigt, dass sozialpolitische Probleme mit Tarifverträgen unzureichend zu lösen waren, was in seinen Augen selbst für die rein materielle Komponente galt. In den frühen 1970er Jahren erinnerte er mit Nachdruck daran, dass erst die Lohn- und Sozialeinkommen der Arbeitnehmer deren Lebenseinkommen ausmachten.⁴³ Schon eine Dekade zuvor hatte er zu Beginn seiner Vorstandstätigkeit in der IG Metall die „Sozialpolitik neuen Stils“, also die Sozialreformen der Regierung Adenauer kritisiert. Nicht nur gegen die Bedarfsprüfung im Einzelfall, die seinerzeit für die Kranken- und Unfallversicherung vorgesehen war, wandte er sich. Selbst die Rentenpolitik, die mit dem Gesetz 1957 als „Glanzstück“ der Regierung Adenauer galt, wurde von Muhr moniert. Mit Sorgfalt und Präzision wies er nach, dass die durchschnittliche Altersrente den Sätzen der Sozialhilfe zu nahe kam, nachdem im Bundessozialhilfegesetz von 1961 der Anspruch auf ein würdevolles Leben verankert worden war.⁴⁴ Gewerkschaftliche Sozialpolitiker wie Muhr erwarteten eine Politik, welche die Erfolge der „Wirtschaftswunderjahre“ sozialpolitisch umsetzte: durch eine Erhöhung der Leistungen der Sozialen Sicherung sowie durch eine Wohlfahrtspolitik, mit der die Beseitigung von Missständen – wie den Arbeitsunfällen, die das Wachstum der 1950er Jahre als Schatten begleiteten – verfolgt werden konnte. In diesem Kontext erhalten die persönlichen Motive Muhrs für seinen 1969 vollzogenen Wechsel zum DGB Tiefe.⁴⁵ Und ein anderes, für Maria Weber ebenso gültiges Muster wird erkennbar. Jene Funktionäre, die in den 1970er Jahren die Sozialpolitik im DGB mitbestimmten, waren keine „Westernisierer“, die primär auf die Regulierungskräfte des Marktes und auf Vereinbarungen zwischen den Interessengruppen setzten. Ihre westliche Orientierung war Europa, das staatliche europäische Sozialmodell, das, auf den besten Regeln für ein soziales Staatswesen der Gründungsmitglieder basierend, eine Maximierung des Wohlfahrtsstaates verfolgen sollte.⁴⁶

terbewegung zuletzt Klaus Schönhoven/Bernd Braun (Hg.): Generationen in der Arbeiterbewegung, München 2005. Dazu auch Andreas Schulz/Gundula Grebner: Generation und Geschichte. Zur Renaissance eines umstrittenen Forschungskonzepts, in: dies. (Hg.): Generationswechsel und historischer Wandel, München 2003, S. 1–23.

43 Gerd Muhr: Sozialpolitik – Motor für innere Reformen, in: Soziale Sicherheit 20 (1971), S. 1–6.

44 Hier geriet Gerd Muhr in Konflikt mit dem CDU-Arbeitsminister Blank. IG Metall (Hg.): Geschäftsbericht 1962 bis 1964 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1965, S. 241 ff.

45 Es ging um die nun möglich erscheinende Umsetzung von sozialpolitischen Erwartungen, die weitgehend in den 1950er und frühen 1960er Jahren gewachsen waren. Diese „retrospektive Deutung des Sozialen“ in den frühen 1970er Jahren wurde nicht nur durch die gewerkschaftspolitische Prägung der damaligen Akteure verstärkt. Hierzu Remeke: Gewerkschaften und Sozialgesetzgebung.

46 Zur „Westernisierung“ Julia Angster: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003; dies.: Der Zehnerkreis. Remigranten in der westdeutschen Arbeiterbewegung der 1950er Jahre, in: Exil 18 (1998), S. 26–47. Wenngleich Maria Weber 1947 zur „demokratischen Umerziehung“ nach Wilton Park in England geschickt wurde, passt auch sie nicht in

Dass man Gerd Muhr und Maria Weber, die in den 1970er Jahren an der Spitze des DGB in sozialpolitischer Verantwortung standen, als Vertreter einer sozialpolitischen Elite bezeichnen kann, ist im Verständnis der Funktionseleiten einleuchtend. Nur hat man sich zu vergegenwärtigen, dass jener Personenkreis in den Gewerkschaften stets groß war. Um diesen Kreis topografisch zu vermessen, indem man sie wissenschaftlich-biographisch untersucht, ist eine systematische, nunmehr in die Breite gehende Erforschung gewerkschaftlicher Eliten nötig.⁴⁷ Hierfür könnten die am Beispiel von Gerd Muhr und Maria Weber herausgearbeiteten Kategorien von Nutzen sein. Wie Borsdorf 1977 analysierte, war es die Generation Vetter, die nach den „Gewerkschaftsbeamten“ und den „Funktionären“ den neuen Typus „Manager“ darstellte, als sie die Spitze der gewerkschaftlichen Funktionärshierarchie erklimmte.⁴⁸ Für die Versuche des DGB, in den frühen 1970er Jahren die Sozialgesetzgebung zu beeinflussen, sind Gerd Muhr sowie Maria Weber jedenfalls gerade im Sinne eines Vermittlers als „Manager der einheitsgewerkschaftlichen Partikularinteressen“ und als „Manager der politischen Beeinflussung“ – mit einer persönlichen Verhaftung im sozialpolitischen Engagement der 1970er Jahre – zu verstehen.

das Muster der britisch-amerikanisch geprägten Exilanten. Für Muhr und Weber war weniger ein angelsächsisches Vorbild als das Europa der Benelux-Staaten, Frankreichs und Italiens sozialpolitisch bestimmend. Beide hatten im Verlauf ihrer Karriere hohe Ämter in europäischen Organen inne – vor allem im Wirtschafts- und Sozialausschuss der EG.

- 47 Aus diesem Grund ist die Erstellung eines biographischen Handbuchs der Vorstände der DGB-Gewerkschaften seit 1949 an der Ruhr-Universität Bochum in Angriff genommen worden.
- 48 Ulrich Borsdorf: Deutsche Gewerkschaftsführer – biographische Muster, in: ders. u. a. (Hg.): Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität. Zum 60. Geburtstag von Heinz O. Vetter, Köln 1977, S. 11–41. Zur Typik der Funktionäre nach 1945/49 Hartmut Grewe/Horst-Udo Niedenhoff/Manfred Wilke: Funktionärskarrieren im DGB. Zum Generationswechsel an der Spitze der DGB-Gewerkschaften, Melle 1988; Karl Lauschke: Weder Kämpfer noch Bürokrat oder Dienstleister. Zum Wandel der Gewerkschaftsfunktionäre in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Till Kössler/Helke Stadtland (Hg.): Vom Funktionieren der Funktionäre im 20. Jahrhundert, Essen 2004, S. 221–238. Maria Weber (Jahrgang 1919) und Gerd Muhr (Jahrgang 1924) können auch allein nach Maßgabe ihrer Geburtsjahre noch zur Generation Vetter (Jahrgang 1917) gezählt werden. Auf die besondere Bedeutung der in den 1920er und 1930er Jahren Geborenen sei hingewiesen. Vgl. A. Dirk Moses: The Forty-Fivers. A Generation Between Facism and Democracy, in: German Politics and Society, Issue 50 Vol. 17, Spring 1999, S. 94–126.

